



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/284 - 12. Dezember 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Vorbilanz zur Pariser NATO-Konferenz	S. 1
Walter Reuthers Weg	S. 3
KZ-Methoden in der Fremdenlegion	S. 5
Aufschlussreiche Geschäfts-rundungsdebatte	S. 7

Vorbilanz zur Pariser NATO - Konferenz

sp- Unabhängig von den Briefen Bulganins, deren Beantwortung möglicherweise schon auf der Pariser NATO-Konferenz in der kommenden Woche, wenigstens im Sinne einer globalen politischen Stellungnahme, erwartet wird, bereitet man weiter in den westlichen Hauptstädten das noch nicht eindeutig festgelegte Verhandlungsprogramm für Paris vor.

Die Vorbilanz ergibt folgendes Bild: Washington legt offenbar grössten Wert darauf, dass in Paris in erster Linie militärische Fragen, wenigstens in Form von Grundsatzzustimmungen, erörtert werden. Hierbei spielt die Planung der Raketenstützpunkte in Europa die entscheidende Rolle. Aussenminister Dulles hat zwar erklärt, die USA wollten keinem Land Raketen aufdrängen, man weiss aber trotzdem, dass die amerikanischen Militärs bereits genaue Pläne für die Raketenabschussbasen ausgearbeitet haben. Wenn nichts Aussergewöhnliches geschieht, wird die amerikanische Verhandlungstaktik wahrscheinlich dahin zielen, die militärischen Pläne global zur Annahme zu bringen, die Einzelheiten aber später auf der im März stattfindenden rein militärischen NATO-Konferenz von den Militärs selbst festlegen zu lassen. Hierbei spielt auch die Frage der Einrichtung eines Atomwaffen-Arsenals der NATO in Europa eine grosse Rolle, das aber unter die Verfügungsgewalt eines amerikanischen Offiziers gestellt werden soll. Darüber hinaus wollen die USA zweifellos den Austausch von Informationen über die Entwicklung von Atom- und Raketenwaffen fördern. Ob die Amerikaner die von anderen NATO-Partnern angeregte Konsultationspflicht billigen werden, ist noch nicht ganz klar.

In London kommt man einem Teil der amerikanischen Vorstellungen insofern entgegen, als man ebenfalls im Rahmen der NATO einen "Pool" für die Forschung und Entwicklung der Produktion von Atom- und Raketenwaffen für realisierbar hält. 15 Mächte sollen sich an diesem "Pool" beteiligen. Als Grundlage der gemeinsamen Entwicklungsarbeit denkt man sich die Erweiterung der Kompetenzen der bereits existierenden Ausschüsse in der Westeuropäischen Union. Die britische Regierung würde

auch einen Vorschlag begrüßen, der auf ein gleiches Abkommen hinauslaufen würde, wie das Raketenabstichs-Basen-Abkommen, das sie selbst mit den USA vor kurzem abgeschlossen hat. Über die rein politischen Absichten der Engländer auf der Pariser NATO-Konferenz ist bisher in London wenig bekannt geworden.

Nach den aus Paris vorliegenden Meldungen scheint sich hier das Interesse auf die Frage zu konzentrieren, ob es möglich sein wird, die politische Koordinierung unter den Partnern des Atlantik-Paktes sicherzustellen. Während man ursprünglich in diesem Zusammenhang von einer "Konsultationspflicht" sprach, scheint man jetzt die Entscheidung über diese Frage der allgemeinen Diskussion überlassen zu wollen. Das Problem der engeren Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Forschung, Entwicklung und Produktion von Atom- und Raketenwaffen wird von der französischen Regierung in etwa ebenso gesehen wie von der englischen Regierung. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass eine grosse Pariser Zeitung dieser Tage ankündigte, Frankreich werde 1958 eine eigene H-Bombe zur Explosion bringen können.

Was die engere Zusammenarbeit der sechs Westunion-Länder im Rahmen der NATO anbetrifft, so hat man in Paris scheinbar immer noch nicht die Idee aufgegeben, "Euratom" und seine Organisationen als Grundlage für atomare Entwicklungsarbeiten auch zu militärischen Zwecken zu benutzen.

Bei der NATO selbst glaubt man, dass die Pariser Konferenz als Ergebnis ein engeres Zusammenrücken der Atlantikpakt-Partner auf politischem und militärischem Gebiet haben wird. Hierbei verheißt man nicht die Hoffnung, dass dieses engere Zusammenrücken aufgrund amerikanischer Vorstellungen hauptsächlich auf militärischem Gebiet erwartet werden kann. Die rein politischen Fragen, die selbstverständlich nach Bekanntwerden der Briefe Bulganins stark in den Vordergrund rücken und politische Entscheidungen erfordern würden, erscheinen nur am Rande der allgemeinen Diskussion. Man will bei der NATO die Erörterung dieser Probleme offenbar den Regierungschefs überlassen und ist daher mit Informationen sehr sparsam.

Insgesamt ergibt die Vorbilanz Veranlassung zu der Vermutung, dass die Pariser NATO-Konferenz in erster Linie darauf bedacht sein dürfte, militärische Vorentscheidungen zu treffen, die in der jüngsten Vergangenheit in Erscheinung getretenen Spannungen unter den NATO-Partnern zu überdecken und die durch den Start der sowjetischen Sputniks hervorgerufene psychologische Erschütterung im Westen wieder zu überwinden. Ob Eisenhowers Anwesenheit in Paris zur Erreichung dieser Ziele wesentlich beitragen kann, wird stark bezweifelt.

Portrait eines amerikanischen Arbeiterführers

M.D. Walter Reuther ist als Leiter der Automobilarbeiter-Gewerkschaft formal nur einer der Vize-Vorsitzenden des Vereinigten amerikanischen Gewerkschaftsbundes, nur einer der Stellvertreter des Gewerkschaftspräsidenten George Meany. Seiner öffentlichen Wirkung nach ist aber Walter Reuther heute der Arbeiterführer der Vereinigten Staaten. In vieler Hinsicht bedeutet die überragende Stellung des jungen Arbeiterführers Walter Reuther einen Bruch mit der vereinsmässigen Abgeschlossenheit der Gewerkschaften, einen Bruch mit der Tradition des Nur-Gewerkschaftlichen.

Walter Reuther kommt aus Detroit, dem Zentrum der amerikanischen Autoindustrie. Er war der erste siegreiche Streik- und Gewerkschafts-Orga, der bei Ford eingedrungen war und anerkannt werden musste. Trotz seiner organischen Verbundenheit mit der amerikanischen Arbeiterbewegung, wie sie historisch geworden ist, gehört Walter Reuther seinem geistigen Ursprung und seinen Interessen nach gleichzeitig mit Herz und Seele zur internationalen Arbeiterbewegung. Er entstammt der Arbeiterfamilie eines eingewanderten deutschen Sozialdemokraten. Bereits als Kind wurde er vertraut mit einer besonderen traditionellen Haltung, die auf Respekt und Treue zu den sozialistischen Vorstellungen beruht. Als Jugendlicher lernte er dann aus eigener Anschauung die europäische Arbeiterbewegung kennen und schuf sich auch durch einen längeren Besuch in Sowjet-Russland die notwendige kritische Sicherheit im Urteil. Der militanteste Gewerkschaftsführer war in der Virulenz-Zeit der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten auch ihr gehasster Gegner, gegen den sie selbst mehrere terroristische Attentate durchführte.

Walter Reuther ist der Baumeister der Gewerkschaftseinheit in den USA, die im Dezember 1957 auf einem besonderen Kongress ihr zweijähriges Jubiläum feiern wird. Innerhalb der Vereinigten Gewerkschaften tritt er mit derselben Entschiedenheit für ein zweites grosses Postulat ein: Für die Solidarität und das Zusammenwirken mit der Arbeiterbewegung der erwachenden Völker. Es zeigt sich darin ein grosses Stück politischer Vision, dass er in der praktischen Haltung dabei unbeirrt und klar die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung von der jeweiligen Aussenpolitik der Regierung betont. Auf dem letzten internationalen

Kongress der Freien Gewerkschaften (IBFG) war Walter Reuther der Wortführer für eine energische Politik der Ausbreitung und Aktivierung der Gewerkschaftsinternationale, die besonders in Asien, auf dem lateinamerikanischen Kontinent und in Afrika grosse Erfolge aufzuweisen hat.

Walter Reuther sucht nicht die allgemeine propagandistische Wirkung. Auf jedem Gebiet zielt er auf sichtbare und unmittelbare Resultate. Seine beispielgebenden Erfolge bei der vertraglichen Sicherung der Rechte der Arbeiter und der Gewerkschaften und bei der Garantierung des Jahreslohns, führen die amerikanische Gewerkschaftsbewegung prinzipiell auf den breiten Weg einer beginnenden Einflussnahme auf die Gestaltung aller sozialen Fragen. Während bislang die Organisationsinteressen im Vordergrund standen, beginnt neuerdings die amerikanische Gewerkschaftsbewegung sich in ihrer Aktivität auf die Fragen der sozialen Wohlfahrt auszurichten und greift besonders aktiv im genossenschaftlichen Wohnungsbau und in der Freizeit-Gestaltung ein. Unter der Initiative Walter Reuthers beginnen die Gewerkschaften zu einer aktiven sozialen Kraft der USA zu werden. Hand in Hand geht damit ein Prozess der Selbstreinigung von den alten Lastern der Korruption und den neueren Lastern der Geschäftemacherei, die insgesamt auf dem Boden einer fehlenden demokratischen Kontrolle erwachsen waren, die jetzt neu erweckt werden soll. Walter Reuther sieht den Zusammenhang klar: Soziale Aktivierung setzt eine gesteigerte soziale Verantwortlichkeit voraus.

In der jetzigen grossen politischen Vertrauenskrise in den USA zeichnet sich Walter Reuther als eine kommende nationale Figur ab. Zur entscheidenden innerpolitischen Krisenfrage, zu der inflatorischen Preisentwicklung, hat Walter Reuther den positiven Vorschlag eines gleichzeitigen Lohnstopps verbunden mit einer Preissenkung formuliert - der von den Unternehmern abgelehnt und von der Regierung Eisenhower mit Stillschweigen übergangen wurde. Zur aussenpolitischen Krisensituation hat Walter Reuther statt und vor Eisenhower gesprochen und wiederum positive Vorschläge formuliert. Die USA durchleben jetzt, ohne sich voll Rechenschaft abzulegen, die Zeit eines neuen Pearl Harbour, erklärte Walter Reuther, und es klang unausgesprochen der Gedanke mit, dass der amerikanischen Nation ein neuer Roosevelt fehle.

Einrichtung eines Schweizers wegen Fluchtversuchs

Wir lesen in der "Neuen Züricher Zeitung":

J.O. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir wiederholen, was leider tausendfach durch Rückkehrer bestätigt wird: Die STRAFEN IN DER FRANZÖSISCHEN FREMDENLEGION wegen der kleinsten Disziplinarvergehen sind unmenschlich. Es ist zum Beispiel verboten, ein Tagebuch zu führen. Wer die Wahrheit zu fürchten hat, tut gut daran, keine schriftlichen Zeugen französischer Foltermethoden in die zivilisierte Welt ziehen zu lassen! Einer, dem die Flucht gelungen ist, schreibt mir:

"In der ersten Zeit drüben in Afrika, als ich die Instruktion machte, da führte ich ein Tagebuch, obwohl es in der Legion streng verboten ist. Es gelang mir, heimlich meine Notizen zu machen, traurige und auch heitere Episoden aus dem Wüstenleben festzuhalten. Nach zwei Monaten hatte ich schon ein Heft voll mit Notizen. Da, eines Tages, fiel das Buch einem Sergeanten in die Hände, und die folgenden vierzehn Tage verbrachte ich im Garnisonsgefängnis bei einer mageren Kost und einem gesunden Sportsport: Ich denke dabei an gehen, kriechen, springen, gehen, kriechen, immer mit einem 30 Kilo schweren Sack Steinen am Rücken mit Trägern aus nacktem Wisendrant. Lange brannten mir die Wangen von den Ohrfeigen, die ich zusätzlich im Kompagniebureau erhielt".

Wir wissen auch, welche bestialische Behandlung jene erwartet, die nach einem Fluchtversuch wieder eingebracht werden. Sie haben genau das zu erdulden, was als Gestapoteror in den Konzentrationslagern der Nazis Geschichte und Schandmal einer Zeit und einer Generation geworden ist. Gewiss: Es ist Krieg in Algerien. Der Legionär, wenn auch nach unserem Recht in den meisten Fällen noch minderjährig, hat sich verpflichtet. Er lernt sehr bald auch den Leitspruch der Legion kennen: "Legionäre sind Soldaten, denen es bestimmt ist, im Kampfe zu sterben". Trotz dem Wissen um die grosse Gefahr werden von Verzweifelten immer und immer wieder Versuche gemacht, um dieser - vorher leider nicht genug realisierten - Hölle zu entinnen. Da anscheinend nicht einmal die Folgerungen genügen zur Abschreckung, greift Frankreich zu drastischen Mitteln; ein junger Schweizer wurde nach einem misslungenen Fluchtversuch nach wochenlangem Quälen erschossen.

Nach der ersten, durch die Eltern eines Legionärs zugekommenen Gerüchten über diesen Fall suchte ich Einzelheiten und Bestätigungen aus direkter Quelle zu bekommen. Ein deutscher Kamerad des Getöteten schreibt: "Name des Erschossenen: J.B. aus N. Er meldete sich seiner-

zeit zur Legion, weil er in der UOS einen Korporal im Streit niedergeschlagen hatte. Aus Angst, sich vor Militärgericht darüber verantworten zu müssen, flüchtete er nach Frankreich. Mitte September ungefähr war die ganze Kp. auf dem Schiessplatz. Ich hatte zu Beginn der Nacht Wache. Doch etwa um 22 Uhr 30 musste ich die 1. Sektion antreten. Es war stockdunkle Nacht, und es regnete sehr stark. Man stellte fest, dass vier Mann mit ihrem Gewehr und 15 Schuss Munition desertiert waren. Der fünfte hatte weder Waffe noch Munition. Am anderen Tag erklärte der Capitain vor der versammelten Kp., dass jeder Eingefangene erschossen werde. Nach vier Tagen brachte man J. wieder zurück, mit ihm auch den Fünften, der keine Waffe hatte. Bei der Festnahme hatte J. Waffe und Munition noch bei sich. Er kam sofort ins Prison. Dort wurde er viel geschlagen. Als ich ihn sah, deutete er mir, dass er sehr viel geschlagen werde. Er konnte fast nicht mehr gehen. Am Abend hörte man den Sergeanten oft zwei bis drei Stunden lang pfeifen. Die Kommandos lauteten: Lauf-schritt, liegen, kriechen, aufstehen, Laufschrift, liegen ...

So ging es bis zum 10. Oktober. Da fuhr am Morgen früh ein 4/4 Camion mit J. und vier Mann aus dem Lager: Neben dem Chauffeur der Capitaine, Sergent, ein Leutnant vom 2. Bureau und ein anderer Offizier. Sie fuhren auf den Schiessplatz und kehrten ohne J. zurück. An der Jacke, die man zurückbrachte, konnte ich erkennen, dass er eine Ladung von 32 Schuss in die linke Brustseite aus einer Maschinenpistole erhalten hatte. Am Nachmittage begrub man ihn auf dem Friedhof von N. Das ist alles, was ich weiss. Ich habe einen guten Kameraden verloren".

Den jungen Schweizer bringen diplomatische Vorstellungen oder Beschwerden nicht mehr zum Leben zurück. Die verantwortlichen Behörden in Frankreich wissen um die jeder Humanität Hohn sprechenden Strafmethoden in der Legion. Sie zu einer Abhilfe zu veranlassen, ist heute so sinnlos wie vor 20 Jahren. Was bleibt? Alles versuchen, um die nackte Wahrheit, so unangenehm sie auch für Frankreich sein mag, ins Bewusstsein unserer Jugend zu bringen. Wir müssen dafür besorgt sein, dass immer weniger Jünglinge zum Kanonenfutter in Nordafrika werden. Dafür brauchen wir öffentliche Hilfe. Gewährt sie uns!

Das Französische Generalkonsulat in Zürich hat am 22. Oktober den Eltern mitgeteilt, ihr Sohn sei am 16. Oktober in der Region Saïda gestorben ...

Klare Fronten

FB. Wie es nicht anders zu erwarten war hat die Mehrheit von CDU/CSU den sozialdemokratischen Antrag, der von der FDP und auch von der DP unterstützt worden ist, noch vor der Pariser NATO-Konferenz eine außenpolitische Debatte durchzuführen, abgelehnt. Diese Geschäftsordnungsdebatte war trotzdem nicht vergebens, denn in der knappen halben Stunde ist mehr als deutlich geworden, wie die Fronten verlaufen.

Der CDU-Abgeordnete Purler hat klar erklärt, dass die CDU/CSU nicht daran denkt, die neun Punkte des sozialdemokratischen Antrages zu unterstützen. Der logische Gegenschluss also ist, dass die Regierung und ihre Mehrheit gegen einen Stop der Versuchsexplosionen mit Atomwaffen sind. Sie sind also für die Bewaffnung weiterer Armeen mit Atomwaffen, einschliesslich der Bundeswehr und aus den Worten Purlers ist nur zu schliessen, dass sie für die Stationierung von Mittel- und Langstrecken-Raketen und gegen den atomwaffenfreien Raum in Mitteleuropa sind.

Bisher hat die Bundesregierung sich immer damit herausgeredet, diese Probleme seien nicht aktuell. Aktuell hin, aktuell her, Prof. Purler hat deutlich gemacht, wie die Entscheidung der Regierung eines Tages ausfallen wird.

Da eine solche Haltung zu befürchten war, lag es der Opposition daran, diese Debatte durchzuführen, um einen Versuch zu unternehmen, die Regierung von diesem verhängnisvollen Wege abzubringen. In wenigen Worten hat der sozialdemokratische Abgeordnete Erler klargemacht, dass es bei allen diesen Fragen um die nackte Existenz jedes Einzelnen geht und die Fortsetzung des wahnwitzigen Wettrüstens weder Sicherheit gibt noch die Chance eröffnet, zur Wiedervereinigung in Freiheit zu kommen.

Die CDU/CSU hat sich davon nicht beeindruckt lassen, wenngleich einige ihrer Abgeordneten wenigstens den Mut aufbrachten, durch Stimmenthaltung zu demonstrieren, dass sie mit der Entscheidung ihrer Partei nicht einverstanden waren.

Der Ausgang der Geschäftsordnungsdebatte hat aber auch einen innenpolitischen Aspekt. Noch vor wenigen Wochen haben führende CDU-Sprecher sich in Beteuerungen überrechnet, dass sie ihre Mehrheit massvoll ausnützen wollten, dass es für sie nichts Höheres gebe, als das Minderheitenrecht und seinen Schutz. Als es jedoch zum ersten Mal darauf ankam, Fairness in der Praxis zu beweisen, da hat es sich wiederum gezeigt, dass die vorangegangenen Beteuerungen nicht mehr als leere Worte waren. Diese erste Abstimmung im Plenum ist deshalb wie ein Reukreiß auf alle die Bemühungen gefallen, zwischen grösster Regierungspartei und den Oppositionsfraktionen ein halbwegs erträgliches Klima zu schaffen.

Die SPD ist in der Abstimmung formell unterlegen. Das wird sie nicht daran hindern können, auf andere Weise vor das deutsche Volk zu treten und die internationale Öffentlichkeit mit ihren Ansichten vertraut zu machen. Die CDU, die glaubte, mit ihrer Mehrheit alles entscheiden zu können, wird so doch nicht darum herumkommen, ihrerseits Farbe zu bekennen.

* * *